



Es geht täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,50 RM. bei Vorabzahlung 1,20 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Postamt Nr. 10 bei der Oberamtskanzlei Wildbad. — Bankkonto: Enztalbank Wildbad. — Postfach Nr. 231 74. — Postleitzahl 231 74. — Verlagspreis: Die einseitige Beilage oder deren Raum im Beleg Grundpreis 15 Pf., außerhalb 20 Pf. — Kleinsatz 50 Pf. Arbeit nach Tarif. Für Offerten und bei Ausnahmefällen werden jeweils 10 Pf. mehr berechnet. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kontofällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Eberhard Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 24. Telefon Nr. 479. — Wohnung: Hans Volmer.

Wetterleuchten in Polen

Mit Gewalttaten und Befehes- und Verfassungsverletzungen ohnegleichen ist es dem „Befreier“ Polens, Pilsudski, gelungen, den Sieg über die große Mehrheit des Volks zu erringen. Trotzdem das barbarische System Pilsudski im polnischen Volk seit zwei Jahren an Boden ständig verloren hat, ist die Macht wieder fester denn je in seinen Händen. Das Ziel ist erreicht. Die Opposition ist zerschmettert und die absolute Regierungsmehrheit im Sejm gestattet es ihm, seiner brutalen Diktatur ein parlamentarisches Mantelchen umzuhängen.

Innerpolitisch gibt es jetzt, rein parlamentarisch gesehen, keinen Widerstand. Vor allem wird das neue Scheinparlament die von der bisherigen Mehrheits-Opposition scharf bekämpften Anforderungen im Staatshaushaltsplan, die Riesenausgaben für das Heer und die sogenannten Geheimfonds, glatt bewilligen.

Allerdings, und diese peinliche Frage wirft bereits heute die erdrückte Opposition höhnisch den Siegern vor die Beine, wird nun die dem Parlament gegenüber bisher auf bloße Abwehr eingestellte Regierungspartei selbst ein Arbeitsprogramm aufstellen und durchführen müssen. Dieses Arbeitsprogramm besteht heute nach vier Jahren Pilsudski-Regierung noch nicht, weder sozial noch wirtschaftlich. Es gab für die Pilsudskisten nur ein Ziel — die bedingungslose Macht. Auf dem Weg zu diesem Ziel lautet die erste Forderung Pilsudskis: Verfassungsänderung. Eine neue polnische Verfassung soll ein für allemal seine Alleinherrschaft bestätigen. Gerade dafür aber genügt die gewöhnliche Mehrheit im Sejm nicht. Ein verfassungsänderndes Gesetz wäre auf legalen Wege nur mit einer Zweidrittelmehrheit durchführbar. Ob sich Pilsudski über diese „kleinlichen“ Bedenken einfach hinwegsetzen oder sich zu einem Kompromiß mit der Opposition verstehen wird, bleibt schließlich nur eine Frage der Taktik.

Ob der Sieg Pilsudskis auch außenpolitisch sich auswirken wird, ist schwer zu sagen. Grundsätzlich muß angenommen werden, daß man, schon um den innerpolitischen Programmangel zu verschleiern, den außenpolitischen drausgängerischen Ton der Wahlreden zunächst beizubehalten suchen wird. Und gerade hierbei wird das deutsche Interesse stark berührt. Man denke nur an die plötzliche Hochkonjunktur, die die deutsch-feindliche Welle in Polen, von der Regierung unterkennbar gefördert, in der letzten Zeit erlebt hat. Die zweite Frage ist: würde sich diese Politik des Ausstrumpfens nur gegen Deutschland oder auch gegen Rußland richten? Man darf schließlich nicht vergessen, daß der Osten Pilsudski viel weisensnaher ist und dem russischen Nachbarn nicht nur kein unmittelbares Interesse, sondern auch kein erbitterter Haß gilt.

Ob Pilsudski heute eine größere oder geringere Mehrheit in einem Parlament gefügiger Offiziere und begeisterter Anhänger oder interessierter Streber erhält, kann verhältnismäßig gleich bleiben. Es ist schließlich Sache des betreffenden Volks selbst, wenn es Gewalt und Korruption in diesem Grad erträgt. Jedenfalls aber ist für den Großteil der europäischen Beobachter der moralische und staatsethische Wert des Pilsudski-Staats um ein großes Stück nach dem asiatischen Osten gerückt. Und hier beginnt das Interesse Deutschlands, das nicht nur eine geographische, sondern auch politisch täglich fühlbarere Grenze mit diesem Land gemein hat. Schließlich lebt noch eine Million Deutscher innerhalb der polnischen Grenzen. Und das, was die Wahlreden und vor allem der Wahlsonntag an offener Gewalt gegenüber der deutschen Minderheit gebracht haben, hat alles bisher Dagewesene überschritten. Selbst die wilden Zeiten der polnischen Aufstände in Schlesien haben nicht so schwere Bedrängnis über unsere ostoberschlesische Minderheit gebracht. Es ist leider nicht daran zu zweifeln, daß der allgemeine Angriff gegen alles Deutsche in den polnischen Westgebieten nun erst bevorsteht. Schon beginnt die polnische Presse triumphierend von der „Assimilierung“ der deutschen „Nestle“ zu sprechen und die Vergewaltigung der deutschen Minderheiten bei den Wahlen im Ausland auszubeuten. Das Ziel aller polnischen Hezzer, die Sicherung der bedrohten Westgrenze durch radikale Ausmerzungen aller Deutschen in diesen Gebieten, scheint endgültig auf das Programm auch der amtlichen polnischen Politik gesetzt. Alle Hoffnung auf eine Lösung der deutschen Minderheitsfragen in Polen im Rahmen des Minderheitenschutzrechts ist durch die barbarischen Vorfälle der polnischen Wahlen endgültig zerschlagen worden.

Es ist nunmehr an Deutschland, daraus die Folgerungen zu ziehen.

Das Reich hat den Prozeß verloren

Leipzig, 25. Nov. In der Verfassungsrechtsstreitfache zwischen dem Reich und den Ländern Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg um die Benennung von Verwaltungsratsmitgliedern für die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat

Tagespiegel

Die Wirtschaftspartei hat ihren Vertreter im Reichskabinett, Reichsjustizminister Dr. Bredt, aus der Regierung zurückgezogen; die Partei erklärte in einem Schreiben an den Reichskanzler, durch die Vorgänge der letzten Zeit sei erwiesen, daß Brüning seine Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volks und der deutschen Wirtschaft durchzuführen versuche. Die Wirtschaftspartei lehne daher die weitere Unterstützung des Kabinetts Brüning ab.

Im großen Saal des Reichstags fand am Montag die Gründungsfeier für die Deutsch-spanische Gesellschaft statt, die zur Aufgabe hat, die zwischen Deutschland und Spanien bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu pflegen und zu vertiefen. Den Vorsitz führte der unvermeidliche Fehr. v. Rechenberg.

Die kanadische Regierung hat jetzt endlich die während des Kriegs beschlagnahmten Wertpapiere deutschen und österr. Eigentums zurückgegeben oder ersetzt. Der Wert des deutschen Eigentums beträgt 2,5 Millionen Dollar.

Die Ankündigung des Senators Reed, daß er in der am Montag beginnenden Tagung des Kongresses beantragen werde, jegliche Einwanderung in die Vereinigten Staaten mit Wirkung vom 1. Juli 1931 ab zu verbieten, wird von der republikanischen und der Arbeiterpresse durchweg begrüßt. Doch ist noch ungewiß, ob die beiden Häuser des Kongresses dem Antrag zustimmen werden.

Der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich den Antrag des Reichs abgewiesen und dahin entschieden, daß auf Grund der zur Auslegung des Staatsvertrags über den Uebergang der Staatseisenbahnen auf das Reich vom 30. April 1920 abgegebenen Erklärungen die Länder Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden das Recht haben, je ein Mitglied des Verwaltungsrats der Reichsbahngesellschaft zu ernennen.

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende u. a. aus: Nach dem Gesetz zur Änderung des Reichsbahngesetzes vom 13. 3. 1930 ist die Befugnis des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn wieder ganz auf die Reichsregierung übergegangen. Sie hat also zur Zeit über 18 Sitze zu verfügen. Rechnet man davon den Preußen zugesprochenen Sitz ab und selbst weitere vier für die Vorzugsaktionäre, obwohl der Uebergang der Sitze an diese jedenfalls nicht in absehbarer Zeit zu erwarten ist, so verbleiben doch dem Reich zur Befugnis immer noch 13 Sitze. Warum das Reich von diesen nicht vier an die vier streitenden Länder abgeben könnte, ist nicht einzusehen. Es kann auch nicht anerkannt werden, daß der Einzug von Ländervertretern in den Verwaltungsrat dessen Aufbau „stören“ oder „die Länderinteressen in den Vordergrund schieben“ würde. Es liegt keinerlei Anhalt dafür vor, daß die Ländervertreter nicht ebenso ihr Amt im Sinn des Wohls des ganzen Volks ausüben werden, wie dies die von der Reichsregierung ernannten Vertreter tun.

Württemberg gegenüber mocht das Reich in erster Linie den Einwand, die Vereinbarung sei überhaupt nicht zustande gekommen, weil Württemberg die Erklärungen nicht unterschrieben habe. Insofern das Reich die Schlussform bemängelt, ist dieser durch das Annahmeschreiben Württemberg vom 12. April 1924 genügt. Es kann auch keine Rede davon sein, daß Württemberg nur „bedingungsweise“ angenommen habe. Es hat unbedingt angenommen und nur zum Ausdruck gebracht, daß es für den Fall weitergehender Zusagen an andere Länder auch seinerseits weitergehende Ansprüche erheben werde. Im übrigen hat das Reich niemals zum Ausdruck gebracht, daß es aus der Nichtunterzeichnung irgendwelche Folgerungen ziehen wolle. Es hat vielmehr seine durch die Zustimmung Württemberg bedingten Maßnahmen durchgeführt. Württemberg und ebenso Baden gegenüber will das Reich ebenfalls einen „Vorbehalt“ gemacht haben. Wichtig ist, daß es in dem Schreiben, mit dem die Erklärungen vom Frühjahr 1924 überfandt worden sind, auf die von der politischen Entwicklung abhängige Gestaltung des Verwaltungsrats hingewiesen hat. Wenn aber darin ein Vorbehalt liegen sollte, so mußte er klar und deutlich zum Ausdruck kommen. Das ist nicht geschehen. Diese Schreiben Badens vom 15. Oktober 1924 und 20. Februar 1928 sind für die Entscheidung ohne Bedeutung.

Verstärkte Luftkampfrüstungen in England

Neuerungen in der Luftwaffe

London, 25. Nov. Die englischen Luftstreitkräfte werden in den nächsten 15 Monaten erheblich verstärkt und verbessert werden. Die große Militärindustrie auf dem

erleichterte Zahlungen - Auf Wunsch Unterrecht Ernst Krautter, Winnenden.

Flugplatz Hendon vor kurzer Zeit hat gezeigt, daß die meisten Bombenflugzeuge schneller sind als die zu ihrer Abwehr bestimmten Kampfflugzeuge. Die Firefly-Maschine, die von der Fairy-Flugzeuggesellschaft in London hergestellt wird, wird von ihren Herstellern als das schnellste Flugzeug der Welt bezeichnet. Bei Probeflügen ergab sich in einer Höhe von 3000 Metern eine Stundengeschwindigkeit von 320 Kilometer, und in einer Höhe von 6000 Meter eine Geschwindigkeit von 315 Kilometer. Um die Höhe von 3000 Meter zu erreichen, braucht die Firefly-Maschine fünf Minuten, für 6000 Meter nicht ganz elf Minuten je Höchstleistung. Die belgische Regierung hat nach diesen Proben bei der Firefly-Gesellschaft 45 Firefly-Abwehrflugzeuge bestellt, der größte Auftrag, der bisher einer britischen Flugzeugfabrik von einer auswärtigen Macht erteilt wurde.

Das englische Luftfahrtministerium hat nun aber für die geplante Vermehrung der Kampfflugzeuge nicht die Firefly-Maschine gewählt, sondern den Hawker-Fury-Einsitzer, früher Hornet genannt, der angeblich 16 Stundenkilometer schneller fliegen kann als die Firefly-Maschine. Mit diesen Fury-Flugzeugen sollen vor Ende nächsten Jahres sechs Flugstaffeln ausgerüstet sein, während weitere vier Staffeln Hawker-Hart-Flugzeuge erhalten. Bei letzteren handelt es sich um Bombenflugzeuge, die eine Stundengeschwindigkeit von mindestens 288 Kilometer haben. Im ganzen werden etwa 250 neue Flugzeuge in die englischen Luftstreitkräfte eingestellt.

Bei Probeflügen ist die Fury-Maschine, die vor allem für die Verteidigung Londons gedacht ist, auf eine Höhe von 4500 Meter in weniger als acht Minuten gestiegen. Die Zeit, die ein feindliches Flugzeug braucht, um von der Kanalküste aus London zu erreichen, wird bei schnellen Tagesbombenflugzeugen die in großer Höhe fliegen auf etwa 15 bis 20 Minuten geschätzt. Mit den neuen Abwehrflugzeugen hofft man im Ernstfalle den Verteidigungskampf etwa 30 Kilometer außerhalb Londons führen zu können. Die Kosten für die 250 neuen Flugzeuge werden auf mindestens 10 Millionen Mark geschätzt. Die Ausrüstung aller dieser Flugzeuge erfolgt mit Rolls-Royce-Motoren, die 550 PS. entwickeln könnten. Als weitere Verteidigungswaffe kommt das Flugabwehrgeschütz in Frage. Es gibt jetzt Flugabwehrgeschütze, die durch eine elektrische Einrichtung sich mathematisch genau bis zu einer Höhe von 6000 Meter auf ein Flugzeug einstellen lassen. Bei dem technischen Wettlauf zwischen Flugangriff und Abwehr darf infolge des Halts, das die hohen Luftregionen der körperlichen Fähigkeit des Menschen gebieten, das Flugabwehrgeschütz nicht übersehen werden, an dessen Vervollkommnung die Engländer ebenfalls stark arbeiten.

Zur Abrüstungsfrage

London, 25. Nov. Im „News Chronicle“ schreibt der angelegene politische Schriftsteller J. A. Spender: Wenn man nicht anerkennt, daß die Entwaffnung Deutschlands den andern Nationen die moralische und rechtliche Verpflichtung nach dem Versailler Vertrag auferlegt, ebenfalls abzurüsten, dann wird keine Regierung in Deutschland mehr der Bewegung der Nationalsozialisten und Hitlerleute erfolgreich begegnen können. Mussolini hat bereits erklärt, daß in dieser Frage er auf der Seite Deutschlands stehe, und wenn auch keineswegs zu wünschen ist, daß er oder ein anderer eine Aufrüstungsbewegung einleitet, so werden doch nicht einmal die Pazifisten dafür sein, daß Deutschland dauernd in einem Zustand der Unterlegenheit gehalten werden soll.

Zu der Forderung Deutschlands, daß es hinsichtlich der Rüstungen bzw. Abrüstung mit den übrigen Mitgliedsstaaten des Völkerbunds gleichgestellt sein wolle, schreibt Lloyd George: Kein Staatsmann, der den Tatsachen offen ins Auge sieht, kann etwas gegen diese Forderung einwenden. Die jetzt erst erhobene Forderung zeigt einen offenkundigen Bruch der grundlegenden Vereinbarungen auf, die Deutschland veranlaßten, den Versailler Vertrag zu unterschreiben. Die Abrüstung hat auch Clemenceau seinerzeit namens aller in Versailles verammelten Vertreter der verbündeten Mächte in einem Brief klar und deutlich versprochen. Nur Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, Südlawien und Rumänien haben sich bisher geweigert, das Versprechen einzulösen. Das war ein gemeiner Winkelnug, der unbedingt früher oder später noch zu einem internationalen Zusammenstoß führen wird. In Versailles hat man Deutschland hinteres Licht geführt, um es machtlos zu machen. Sein ehrliebendes Volk wird sich einen solchen Zustand nicht gefallen lassen. Bei der jüngsten Abstimmung über die deutschen Abrüstungsanträge in Genf gehörten zu den Mächtevertretern, die ihre Stimme nicht zugunsten der berechtigten deutschen Anträge in die Waagschale warfen, England und die Vereinigten Staaten. Sie haben sich damit selbst das Zeugnis einer geradezu unbegreiflichen Schwäche ausgestellt. Warum die Regierung der Arbeiterpartei in England davor zurückschreckt, ihre

klare Pflicht und Schuldigkeit zu tun, ist schwer verständlich. Aber man weiß ja, wie die Arbeiterpartei immer dann auszuweichen ist, wenn es darauf ankommt, ihre Versprechungen und Ideale in die Tat umzusetzen.

Neue Nachrichten

Die Verhandlungen mit Bethlen

Berlin, 25. Nov. Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen ist am Montagabend von Berlin abgereist. Es wurde vereinbart, daß Ende Februar oder Anfang März Verhandlungen über einen Handelsvertrag mit Ungarn aufgenommen werden sollen. Von deutscher Seite ist wiederholt die Bereitwilligkeit ausgesprochen worden, Ungarn und den anderen südosteuropäischen Agrarstaaten Vorzugszölle für Weizen, Gerste und Mais zuzugestehen, wenn sie für deutsche Industriewaren entsprechende Gegenleistungen bieten. Ungarn legt jedoch mehr Wert auf die Abnahme von ungarischem Schlachtvieh, außerdem wünscht es die garantierte Abnahme von mindestens 200 000 ungarischen Schweinen. Hiegegen erhob Reichsernährungsminister Schiele die schwersten Bedenken, weil Deutschlands eigener Bestand an Schlachtvieh und Schweinen den Bedarf mehr als reichlich deckt. Ueberdies hat man mit dem übereilten Zugeständnis der Abnahme von einigen hunderttausend polnischen Schweinen in jeder Hinsicht schlimme Erfahrungen gemacht.

Neue Notverordnung?

Berlin, 25. Nov. Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern dürften bis etwa Donnerstag Klarheit bringen. Die Besprechungen sollen zeigen, ob sich eine parlamentarische Verabschiedung des Regierungsprogramms bis spätestens 23. Dezember ermöglichen läßt. Die Regierung ist zwar bereit, Abänderungswünschen Rechnung zu tragen, die den Charakter und die Bedeutung ihres Programms nicht ändern oder schmälern. Sie lehnt aber allen darüber hinausgehenden Wünschen ein bestimmtes Nein entgegen. Wenn eine parlamentarische Mehrheit nicht gesichert erscheint, so wird das Programm zweifellos noch vor dem 3. Dezember, an dem der Reichstag wiederzusammentritt, durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden. Es würde dann dem Reichstag überlassen bleiben, die Aufhebung der Notverordnung zu beschließen. Die Regierung glaubt aber, daß es den Parteien zum Teil selbst genehmer sei, vor „vollendete Tatsachen“ gestellt zu werden, so daß in dieser Richtung keine ernstlichen Befürchtungen gehegt zu werden brauchen.

Amts niederlegung des Königsberger Rektors

Berlin, 25. Nov. Der Rektor der Universität Königsberg, Prof. Dr. Andree, der vom preussischen Kultusminister Grimme zur mündlichen „Berichterstattung“ über den Zusammenstoß vor der Universität nach Berlin berufen worden war, hat sein Amt als Rektor niedergelegt. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er gegen die radikale, d. h. nationalsozialistische Studentenschaft nicht scharf genug vorgehe.

Deutsche Volkspartei in Bayern

München, 25. Nov. Der Vertretertag der Deutschen Volkspartei in Bayern wählte einstimmig den früheren Reichstagsabgeordneten Geheimrat Dr. Zapf an Stelle des wegen schweren Leidens zurückgetretenen Senatspräsidenten a. D. Dr. Koch. Dr. Zapf wandte sich mit äußerster Schärfe gegen den Marxismus. Er richtete einen Appell an die Bayerische Volkspartei, die Sammlung noch rechts mitzumachen und auch das Zentrum in diesem Sinn zu beeinflussen, das eine ungeheure Verantwortung auf sich geladen habe, indem es mitgeholfen habe, die Geister zu bolschewisieren. Das Zentrum sei mit schuld an den katastrophalen Zuständen in Preußen, die Deutschland in der ganzen Welt geschadet hätten. Der Plan Brünnings verstopfe nur ein Loch. Ein für allemal müssen jedoch die Quellen unseres Elends verschlossen, die Stellung des Staats befestigt und eine neue Verfassung gegeben werden, die Deutschland instand setze, dem Volk eine Regierung zu geben, die nicht auf die Parteiherrschaft gestellt sei und die auch ohne oder gegen das Parlament regieren könne.

Der Thüringer Polizeistreik

Weimar, 25. Nov. Der Staatsgerichtshof hat, trotz des Widerspruchs des Reichsinnenministers Dr. Wirth, beschloffen, den thüringischen Innenminister Dr. Fried in der Klagesache Thüringens gegen das Reich wegen der Spernung der Polizeizulassungen als Reuegen zuzulassen. Die Vernehmung wurde auf 27. November festgesetzt. Die Haupt-

verhandlung wird, wie bereits berichtet, am 20. Januar 1931 beginnen.

Neues Kirchenaustrittsgesetz in Thüringen

Weimar, 25. Nov. Die thüringische Regierung hat im Landtag den Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung des Kirchenaustrittsgesetzes eingebracht, das bisher noch die von der Linksmehrheit im Jahre 1922 beschlossene Form hatte. Nach den neuen Bestimmungen bedürfen die Austrittserklärungen einer gerichtlichen oder notariellen Beglaubigung. Ferner sind Sammelaustrittserklärungen nur noch für Ehegatten oder für Eltern und ihre minderjährigen Kinder zulässig. Die Rücknahme der Austrittserklärung ist innerhalb bestimmter Fristen durch einfache Erklärung möglich. Das Aenderungsgesetz findet die Zustimmung aller Regierungsparteien.

Württemberg

Löbe gegen die Nationalsozialisten

Stuttgart, 25. Nov. In einer Meientumgebung der Sozialdemokratie in der Stadthalle sprach gestern Reichstagspräsident Paul Löbe über die „nationalsozialistische Gefahr“. Die Nationalsozialisten hätten es vor der letzten Reichstagswahl verstanden, das Volk zu täuschen. Die Partei sollte sich nicht Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, sondern Antisoziale Kapitalistische Unternehmerpartei heißen. Mit ihrer Rassenhege gegen die Juden werde die Not nicht überwunden. Der Kampf der Nationalsozialisten werde bald vorbei sein. Reichstagsabg. Dr. Schumacher betonte in seinem Schlusswort, daß am 7. Dezember, an dem Hitler in Stuttgart sprechen wird, die Arbeiter die Straßen nicht den Faschisten überlassen, sondern zu gleicher Zeit eine Gegenkundgebung veranstalten werden. Dann werde sich zeigen, auf welcher Seite die größeren Kräfte seien. Die Arbeiter seien entschlossen zum Kampf bis zur letzten Folgerung.

Ausführungsverordnung zur Bürgersteuer

Stuttgart, 25. November. In einer Ausführungsverordnung des Innen- und des Finanzministeriums über die Bürgersteuer wird u. a. bestimmt: Die Gemeinden sind berechtigt, eine Bürgersteuer zu erheben. Die Gemeinden, die keine Gemeindebiertsteuer erheben; sind zur Einführung der Bürgersteuer verpflichtet, wenn für das Rechnungsjahr 1930 der Gemeindeumlagegesetz zur Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer über den bis zum Ablauf des 1. August 1930 beschlossenen Satz erhöht wird. Die Bürgersteuer wird von allen im Gemeindebezirk wohnenden natürlichen Personen erhoben, die am Stichtag (10. Oktober) über 20 Jahre alt sind. Von der Bürgersteuer sind befreit: Personen, die mindestens seit einem Monat vor dem Stichtag Krisenunterstützung empfangen, lausend öffentliche Fürsorge genießen oder denen ein Anspruch auf Befreiung von den persönlichen Steuern zusteht. Der Steuersatz wird durch Landesgesetz für alle Gemeinden einheitlich festgesetzt (Landesatz). Dieser Landesatz muß für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 8000 RM. auf mindestens 6 RM., mehr als 8000 RM., jedoch nicht mehr als 25 000 RM., auf mindestens 12 RM.; mehr als 25 000 RM., jedoch nicht mehr als 50 000 RM., auf mindestens 50 RM.; mehr als 50 000 Reichsmark, jedoch nicht mehr als 100 000 RM., auf mindestens 100 RM.; mehr als 100 000 RM., jedoch nicht mehr als 200 000 RM., auf mindestens 200 RM.; mehr als 200 000 RM., jedoch nicht mehr als 500 000 RM., auf mindestens 500 RM.; mehr als 500 000 RM. auf mindestens 1000 RM. für das Jahr bestimmt werden.

Der Landesatz ermäßigt sich für Personen, die ein Einkommensteuerfrei sind, auf die Hälfte des Landesatzes, der für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 8000 RM. gilt und für die Ehefrau: auf die Hälfte des Landesatzes, der für den Ehemann gilt. Die Bürgersteuer wird je zur Hälfte am 10. Januar und 10. März des Rechnungsjahres fällig, für das sie erhoben wird. Die Bürgersteuer wird von Steuerpflichtigen, für die eine Steuerkarte auszufertigen ist, auf der Steuerkarte angefordert. Der Arbeitgeber haftet für die von ihm einzubehaltenden Beträge. Bei Ehegatten, die nicht dauernd voneinander getrennt leben, wird die Bürgersteuer von beiden Ehegatten zusammen angefordert. Die Ausführungsverordnung tritt rückwirkend am 28. Juli 1930 in Kraft.

Blinkwunder

putzt Fenster ohne Wasser blank wie ein Spiegel

Stellungnahme zum Preisabbau in Stuttgart. In einer Verammlung der Ortsgruppe des Deutschen Gewerkschaftsbunds gab Landesgeschäftsführer Rödlach einen eingehenden Bericht. Angesichts der gegenwärtigen Lage hat der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Eingabe an die Stadt Stuttgart gerichtet, in der folgendes gefordert wird: 1. Die Stadt Stuttgart wolle einen Preisprüfungsausschuß berufen, bestehend aus sachverständigen Vertretern der Stadtverwaltung, der Innungen, des Einzelhandels und der Verbraucher. 2. Der Gemeinderat wolle beschließen, daß die Gas-, Strom- und Wasserpreise herabgesetzt werden, ebenso die Preise für Gasofen. 3. Die Stadtverwaltung wolle die Direktion der Straßenbahn veranlassen, die Fahrpreise zu ermäßigen. 4. Die Stadtverwaltung wolle die Milchzentrale veranlassen, den Milchpreis herabzusetzen. Der Redner erklärte weiter, daß auch bezüglich des Bierpreises man nicht verstehen könne, daß in benachbarten Bayern ein Liter Bier kaum etwas mehr als die Hälfte des Preises in Württemberg kostet. Ein besonderes Augenmerk sei der Preisgestaltung des Stuttgarter Spar- und Konsumvereins zuzuwenden, der z. B. bei Mehl nicht weniger als 25 v. H. Bruttonutzen berechnet. Es wurde ein Ausschuß gebildet, der in nächster Zeit seine Tätigkeit aufnehmen wird.

Kündigung der Aufwertungshypotheken. Der Württ. Sparerbund e. V. Stuttgart schreibt uns: Das neue Aufwertungsgesetz (Forderungsgesetz) vom 18. Juli 1930, das in einseitiger Weise die Schuldner-Interessen wahr gegen die ohnedies stark geschädigten Gläubiger, sieht nach § 1 vor, daß die Festsetzung des erhöhten Zinssatzes ab 1. Januar 1932 am 1. Oktober 1930 mit dem Inkrafttreten des Gesetzes erfolgen müsse. Da die Regierung im Gegenseitigen die Festsetzung des erhöhten Zinssatzes erneut auf 15. Dezember d. J. verschoben will, so fordert der Sparerbund alle Besitzer von Aufwertungshypotheken auf, im eigenen Interesse unverzüglich ihre Hypotheken auf den nächst zulässigen gesetzlichen Termin zu kündigen. Im Einzelfall können immer noch zwischen Gläubigern und Schuldner Verhandlungen stattfinden. Beratung der Gläubiger, auch über die Bestimmungen des Gesetzes zur Vereinfachung der Grundbücher, erfolgt durch den Württ. Sparerbund e. V. Stuttgart, Langestr. 18, wo auch Kündigungsformulare erhältlich sind. Anfragen ist Rückporto beizufügen.

Vom Rathaus. Die Finanzkommission des Gemeinderats hat einen sog. Antrag, den Arbeitslosen eine zweite Weihnachtshilfe in Höhe von 420 000 Mark zu bewilligen, durch Stichtagsbescheid des Vorsitzenden abgelehnt. Die bis jetzt bestehende Bürgersteuer (4 Mk.) soll bis zur Höchstgrenze der Notverordnung erhöht werden. Ueber die Getränkesteuer wurde kein Beschluß gefaßt. Die Umlage soll rückwirkend um 1 v. H. erhöht werden.

Mittlere Verwaltungsdienstprüfung. Auf Grund der in den Monaten September, Oktober und November 1930 vorgenommenen mittleren Verwaltungsdienstprüfung sind 130 Kandidaten zu Verwaltungspraktikanten bestellt worden.

Champagnitag. Aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Ruhmestags der Württemberger im Krieg 1870/71 veranstaltet der Offizierverein Stuttgart, der Bezirkskriegerverband Stuttgart-Stadt, die Arbeitsgemeinschaft der Regimentsvereine und der Frontkämpferbund am 1. Dezember abends 8 Uhr im umgebauten großen Stadtparksaal eine vaterländische Feier, deren Ueberblick für die Kriegsbefähigten und ihre Hinterbliebenen bestimmt ist. General a. D. Riechhammer (Calw) wird die Gedächtnisrede halten.

O. d. F.-Baufarers-Lagung. Der Landesverband der Ortsgruppen von O. d. F.-Baufarern, bei dem 63 Ortsgruppen zusammengeschlossen sind, tagte am 22. November im Hotel Viktoria unter dem Vorsitz des Landesverbandsvorsitzenden Wilhelm Hartmann. Es wurde ein Beschluß gefaßt, daß den Bauiparen eine verstärkte Anteilnahme an den Geschäften der O. d. F. ermöglicht werden solle zur Unterstützung des schon längst im Aufsichtsrat und Arbeitsausschuß befindlichen Landesverbandsvorsitzenden. Der Geschäftsleitung wurde das Vertrauen ausgesprochen.

Die neue Straßenbahnstrecke Cannstok-Untertürkheim-Obertürkheim wird am Montag, 1. Dezember, in Betrieb genommen.

Vom Tage. Gegen 7 Uhr abends ist im Haus der Königsstraße 35 an der Lichtreklame der Stuttgarter Allianz, die vom 2. Stock bis unter das Dach geführt ist, ein Kabelbrand ausgebrochen. Meterhohe Flammen schlugen aus. Eine große Menschenmenge sammelte sich auf der Königsstraße an, so daß durch Schußwollerei Absperremaßnahmen vorgenommen werden mußten. Der Brand ist durch die Feuerwache 2 gelöscht worden. Ein größerer Schaden ist nicht entstanden.

Des Weibes Waffen.

Original-Roman von Elsbeth Vorhacht.

40. Fortsetzung

Katholik verboten.

Aber endlich kam er doch.

Tutta preßte zuerst die Hand auf ihr pochendes Herz, ehe sie in das Wohnzimmer ging, ihn zu begrüßen.

Sie suchte das Gefühl der Unfreiheit zu bekämpfen. Es gelang ihr nicht ganz. Durch ihr harmlos freundliche Begrüßung klang eine leichte Erregung:

„Du hast dich lange nicht sehen lassen, Dieter“, sagte sie anscheinend leichtsin.

Er hielt ihre Hand fest und sah ihr in die Augen:

„Hast du mich vermisst, Tutta?“

Eine Flamme schoß ihr in die Wangen. Sie entzog ihm ihre Hand.

„Zum mindesten habe ich mich über dein langes Ausbleiben gewundert“, wick sie aus. „Was — was hat dich zurückgehalten?“

Er zögerte sekundenlang. In seinem hübschen männlichen Gesicht, das jetzt eine tiefe Blässe deckte, suchte es.

„Ich — wollte überhaupt nicht mehr kommen.“

Sie sah ihn erschreckt an.

„Aber, Dieter — warum denn nicht?“ rief sie betroffen, „was hast du denn? Hast du mir etwas übel genommen? Ich bin mir keiner Schuld bewußt — aber sprich offen — es kann ja nur ein Mißverständnis sein.“

„Meinst du?“ fragte er mit eigener Betonung und einem Blick, der sie erschauern ließ.

„Gewiß, Dieter — so — so — sage doch — was — habe ich dir getan?“

„Tutta“, er ergriff ihre Hände trotz ihrer Abwehr, „es ist vielleicht heute das letzte Mal, daß ich dich sehe.“

„Dieter!“ Sie war ganz blaß geworden und ihre Stimme bebte. „Was soll das heißen? Willst du fort von Rabenau — hast du dich versetzen lassen?“

„Nein, nicht!“ sagte er mit heiserer Stimme. „Aber ich werde es tun — es — hängt von dir ab.“

„Von mir?“

„Ja — von deiner Antwort auf meine Frage. Ich kann nicht anders — ich muß sie stellen — Ich bin dir ausgewichen, ich wollte nicht mehr kommen — aber — es erdrückt mich — ich muß Gewißheit haben — so oder so.“

„Was — willst du mich fragen?“

Tonlos kam es über Tuttas bleiche Lippen.

„Tutta!“ Seine Stimme zitterte — bis ins Tiefste schlug sie an. „Könntest du dich entschließen — meine Frau zu werden?“

Tutta prallte entsetzt zurück. Ein Schwindel packte sie. Nun war das Gefürchtete doch eingetreten und fand sie unvorbereitet, unbewaffnet. Sie war so sicher gewesen. Nun überfiel sie eine Schwäche, ein Schauer ging über ihren Körper, der einem Glücksgefühl gleich. Dann richtete sie sich auf. Ihr Gesicht wurde totenbleich. „Er ließ mich am Wege stehen um zu einer anderen zu gehen — er liebte mich nicht — ihn lockte nur das verlorene Erbe!“ Wie mit Flammenschrift stand es plötzlich vor ihren Augen, was man ihr warnend geschrieben hatte. Sie streckte ihre Hände abwehrend aus: „Nein — nein — niemals!“ wollte sie rufen. Aber es kam nicht über ihre Lippen. Etwas anderes tauchte in ihrer Erinnerung auf, jene Stunde, da sie bebend vor dem Försterhause gestanden hatte und hören mußte, gegen welche Verdächtigungen ihr Förster sie in Schutz

nahm. Da hatte es sich wie eine Schuld auf sie gewälzt, auch wenn sie sich schuldlos fühlte. Nun bot sich ihr eine Gelegenheit, Wolf Dietrich nicht allein in den Besitz des Erbes zu bringen, das der Onkel ihm vorenthalten hatte, sondern sich zugleich von dem unwürdigen Verdacht zu reinigen. Hatte sie ihre Bevorzugung doch schon immer als eine Ungerechtigkeit gegen ihn empfunden, es hatte nur nicht in ihrer Macht gelegen, das abzuändern.

Diese Gedanken gingen blitzschnell durch ihren Kopf, während sie vor ihm stand, bleich und zitternd, die Zähne fest zusammengebissen.

Dieter hatte sie nicht einen Moment aus den Augen gelassen. Boll angstvoller Spannung sah er das Zucken in ihrem Gesicht, das Zaubern und Abwehren. Da kam eine tiefe Mutlosigkeit über ihn und ein schwerer Atemzug entpreßte sich seiner Brust.

„Tutta — du — kannst dich nicht entschließen — du willst nicht?“

Da hob sie den Blick:

„Ja, Dieter — ich will.“

„Tutta!“ schrie er befehlend auf und wollte sie in seine Arme schließen, doch sie wehrte ihn mit einer müden Bewegung ab:

„Laß mir Zeit, mich hineinzufinden — es kam mir zu überauschend — unerwartet“, stieß sie gequält hervor.

Er wich zurück.

„Unerwartet?“ fragte er enttäuscht. „So hast du nicht gemerkt, was in der letzten Zeit in mir vorging, wie es mich zu dir zog mit allen Fasern meines Herzens? Du hast nicht geahnt, warum ich dir fernblieb?“

„Nein, erwiderte sie herbe.

Da zuckte er zusammen.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Lande

Wüstenrot Dr. Heilbronn, 25. Nov. Ehrenbürger. Der Gesamtgemeinderat hat einstimmig beschlossen, dem Gründer des deutschen Bausparwesens, Gemeinderat Georg Kropp hier, das Ehrenbürgerrecht der Gesamtgemeinde Wüstenrot zu verleihen. Die Urkunde über die Verleihung des Ehrenbürgerrechts wird Kropp im Rahmen einer schlichten Feier am Sonntag, den 30. November, am Vorabend der Vollendung seines 65. Lebensjahres, überreicht.

Gmünd, 25. Nov. Dr. Wider und das Zentrum. In einer Versammlung der hiesigen Deutschnationalen erklärte der Reichstagsabgeordnete Dr. Wider, die Aufgabe der Innenpolitik der nächsten Jahre sei, das Zentrum solange zu bekämpfen, bis es sich freiwillig entschleife, mit Rechts zu regieren. Das Zentrum in Preußen die Koalition mit den Roten lösen. Württemberg sei ein Beweis dafür, daß ein Zusammenarbeiten des Zentrums mit der Rechten sehr fruchtbar sein könne.

Herbstkosen Dr. Gmünd, 25. Nov. Die Ladenkassette gestohlen. Am Montag nachmittag erschienen in einem Kolonialwarengeschäft zwei junge Burschen. Als die Geschäftsinhaberin vorübergehend vom Laden abwesend war, um ein Geldstück zu wechseln, eigneten sie sich den Inhalt der Ladenkasse an und flohen. Die Burschen wurden in der Nähe von Gmünd, wo sie wohnhaft sind, festgenommen.

Reutlingen, 25. Nov. (Vom Reutlinger Naturtheater.) Eine stark besuchte Versammlung der Spielerkar der Reutlinger Naturtheaters am letzten Samstag stimmte dem Vorschlag seiner Leitung, Richard Wagners „Lohengrin“ im nächsten Jahr wiederholt zur Aufführung zu bringen, einmütig zu.

Tübingen, 25. Nov. Winterbeihilfe an Erwerbslose und Rentierlose. Im Lauf des Jahres wurden Notstandsarbeiten beschlossen mit einem Kostenaufwand von zusammen 575 475 Mark, die zum größten Teil im Lauf des kommenden Winters zur Ausführung gelangen. Da manche Erwerbslose durch diese Notstandsaktion nicht erfaßt werden können, wurde beschlossen, auf 1. Dezember an die verheirateten Erwerbslosen, abgestuft nach der Dauer der Erwerbslosigkeit, 3—5 Jtr. Kofs abzugeben. Außerdem erhalten auf 20. Dezember als Stichtag die verheirateten Erwerbslosen und Rentierlosen, auch die Ausgesteuerten und die Wohlfahrtsarbeiter, eine bare Beihilfe, abgestuft nach der Dauer der Erwerbslosigkeit, im Betrage von 20—15 Mark, wobei für Ledige ein Härteausgleich vorgesehen ist. Die entstehenden Aufwendungen werden auf 4500 Mark geschätzt. Hieran können 2500 Mark durch Mittel des Wohlfahrtsamts einschließlich eingegangener Spenden und Stiftungen gedeckt werden, während die restlichen 2000 Mark von der Stadtkasse zuzuführen sind.

Gasfernversorgung Lustnau. Der Vertrag betreffend Gasfernversorgung von Lustnau wurde von der staatlichen Aufsichtsbehörde einer Prüfung unterzogen. Von der technischen Beratungsstelle beim Landesgewerbeamt wurde ausdrücklich festgestellt, daß der vertraglich festgesetzte Gaspreis durchaus angemessen ist. Tübingen hat zwei neue Hauptleitungen an verschiedenen Stellen bis zur Markungsgrenze zu führen. Die entsprechenden Beschlüsse wurden gefaßt.

Fund einer Kindsleiche. Beim Entleeren des städt. Latrinensabfuhrwagens fand sich in dessen Inhalt die Leiche eines ausgewachsenen neugeborenen Kindes. Die Latrine war der Grube des Klinikgebäudes in der Klinikumgasse entnommen worden. Die Kindsmutter ist vorerst noch unbekannt.

Schlaitdorf, 25. Nov. Tübingen, 25. Nov. Der Sturm bringt ein Haus zum Einsturz. Der Sturm vom Sonntag hat auch ein im Umbau befindliches Haus in der Webergasse zum Einsturz gebracht. Dank der freien Lage des Hauses wurden Nachbargebäude nicht in Mitleidenschaft gezogen. Die Besitzer, die Brüder Jakob und Gottlieb Hausenack, die das Haus erst kürzlich erworben hatten und es zu einem Doppelwohnhaus umbauen wollten, sind schwer geschädigt. Das Haus war unbewohnt.

Bödingen, 25. Nov. Tragisches Geschehen. In der Nacht auf Sonntag erlitt der Mühlenbesitzer Daniel Rau, der im 60. Lebensjahr steht, plötzlich einen Schlaganfall und starb. Seine 66jährige Gattin entsetzte sich so, daß sie bereits eine Stunde später ihrem Gatten infolge Schlaganfalls nachfolgte.

Ulm, 25. Nov. Nachfahrtentafel. Die Nachfahrtentafel des Göppinger Bogts Georg Sigmund Schott, der von den Franzosen als Geisler fortgeführt wurde und am 7. Mai 1695 in trüber Kerkerhaft zu Weß starb, ist nun erschienen. Sie ist im Auftrag des Schottischen Familientags von W. Raier, Oberamtmann a. D. in Ulm, bearbeitet und von Baur und Schäffler in Ulm gedruckt. Der Band faßt 237 Seiten und enthält eine Menge Namen und Bilder. Auch die „alte Bogtel“ in Göppingen ist abgebildet mit der Tafelinschrift: „Hier war die Amtswohnung des Bogts Sigmund Georg Schott beim Einfall des französischen Generals Melac im Jahr 1688 Ketter der Stadt; er starb am 7. Mai 1695 in der Zitadelle in Weß nach mehrjähriger harter Geislerhaft. Ehre dem Andenken des hochverdienten Mannes.“

Selbstmord. In einem Haus der Karlsstraße hat eine Frau, die schon öfter einen Selbstmordversuch unternommen hatte, durch Leuchtgas sich getötet. Sie war geistlich schwach. — Ein Mann aus Söflingen erlitt während der Unterhaltung in einer Gastwirtschaft einen tödlichen Schlaganfall.

Betrüger. Ein etwa 70 J. a. Mann gab sich hier als Lehrer aus und fand bei einer Wirtsfamilie Anstich, die ihm großes Vertrauen entgegenbrachte. Mit erzwungenem Geld und gestohlenen Wertgegenständen suchte er das Weite.

Verhängnisvoller Scherz. In einem Haus der Weststadt machten sich junge Leute einen Scherz damit, daß sie in den Briefkasten einer ihnen bekannten Familie zwischen Rückwand und Briefkastentüre eine mit Stoff überzogene Feder spannten. Als die Wohnungsinhaberin das Klingelzeichen hörte, glaubte sie, die Post erhalten zu haben, und als sie den Briefkasten öffnete, sprang ihr die Feder entgegen. Obgleich eine Verletzung nicht in Frage kommen konnte, erschrak die ältere Frau so sehr, daß sie zu Boden sank und von Mißwählern ohnmächtig aufgefunden wurde.

Mergelsteinen Dr. Heidenheim, 25. Nov. Umwandlung des Hylers-Fideikommisses. Im Gasthaus zum „Grünen Baum“ in Mergelsteinen versammelten sich unter dem Vorsitz von Forstsekretär Hylers die meisten Mitglieder des Stammes Hylers, um, nachdem vom Landtag die Auflösung sämtlicher Fideikomnisse beschlossen wurde, zu beraten, welche Maßnahmen ergriffen werden

sollen, um ein gerechtes Ergebnis zu erzielen. Bezirksnotar Sigloch, G. ugen legte der Versammlung den Stand der Sache dar. Danach fällt das Gut, wenn es bis zum Jahr 1932 nicht aufgelöst sein sollte, dem ältesten Mitglied des Stammes anheim. Dieser erhält dann nach Ablauf des Jahres 1940 das alleinige Besitztum. Dem entgegenwirkten wurde nach längerer Aussprache einstimmig beschlossen, das Hylers-Gut in eine Familienstiftung umzuwandeln. D. h., das Gut wird veräußert, der Erlös auf einer Bank als unantastbares Geld angelegt und von dem Zins erhält jedes Mitglied des Stammes, das 65 Jahre alt ist, eine jährliche Rente.

Herbstkosen Dr. Heidenheim, 25. Nov. Unregelmäßigkeiten größten Umfangs haben sich laut R. L. in der hiesigen Baumwollspinnerei GmbH, ergeben. Direktor Schwab wurde entlassen und soll verhaftet werden. Der Firma soll kein Schaden entstehen, da Haftungsansprüche gestellt werden können.

Neresheim, 25. Nov. Gemeindeordnung. In einer kommunalpolitischen Tagung sprach in längeren Ausführungen der Landtagsabgeordnete Kühle über die hauptsächlichsten Änderungen, die die neue am 1. Dezember schon in Kraft tretende Württ. Gemeindeordnung gegenüber dem bisherigen Recht gebracht hat. Im Bezirk Neresheim gibt es bei 33 Gemeinden 22 zusammengeschlossene mit 62 Teilgemeinden. Die neue Gemeindeordnung hebt die Teilgemeinden grundsätzlich auf 1. April 1931 auf. Beim Vorliegen besonderer Verhältnisse können jedoch die Teilgemeinden in der Zeit bis 28. Februar 1931 beantragen, daß sie aufrecht erhalten oder einer anderen aufrechterhaltenen Teilgemeinde oder einer anderen Gemeinde zugegliedert werden. Die Versammlung war sich nicht einig, was mit den Teilgemeinden geschehen soll. In den nächsten Monaten wird das Kapitel „Teilgemeinden“ manchen Kampf kosten in den Gemeindevertretungen auf dem Land.

Unterbalzheim, 25. Nov. Brand. Sonntag vormittag brach, während sich der größte Teil der Einwohner beim Gottesdienst in Oberbalzheim befand, während eines heftigen Sturms im Scheuergebäude des Müllers Gottlieb Mall Feuer aus, das sich über das ganze mit Futter- und Erntevorräten angefüllte Gebäude verbreitete. Der Gebäudeschaden beträgt etwa 8500 Mark.

Chingen a. D., 25. Nov. Die alte Linde stürzt. Der Sturm am Sonntag hat die im Jahr 1648 vor der Gottesackerkapelle gepflanzte Friedenslinde des 30jährigen Kriegs fast ganz zerstört.

Bierstetten, 25. Nov. Brand. Samstag abend stand das langgestreckte mit Stroh- und Futtermitteln gefüllte Stall- und Scheuergebäude des Landwirts Geber in Bierstetten in hellen Flammen. Außer dem Vieh war nichts mehr zu retten. Die Entstehungsurache des Brands ist unbekannt.

Waldee, 25. Nov. Preissenkung. In der Versammlung der Freien Metzgerinnung des Bezirks Waldee wurde beschlossen, die Fleisch- und Wurstpreise demnächst herabzusetzen.

Leutkirch, 25. Nov. Ein Achtzigjähriger als Brandstifter. In Ausnang brannte das kleine Anwesen des Johannes Gromer (im Besitz des Schwiegersohns Basil Schäffler) ab. Der 80jährige Gromer, der seit einiger Zeit geschäftstüchtig und unzurechnungsfähig ist, hatte das Häuschen selbst angezündet und wäre mitverbrannt, wenn er nicht mit Gewalt aus dem brennenden Anwesen herausgeholt worden wäre. Der Besitzer ist nicht gut versichert.

Isny, 25. Nov. Todesfall. Graf Albert von Quadt-Wytradt-Isny, wirklicher Geheimrat, ehem. deutscher Gesandter und Gutsbesitzer, ist heute nacht 3 Uhr auf Schloß Moos bei Lindau nach kurzer Erkrankung an einem Herz-Kollaps und Lungenentzündung gestorben. Graf Albert war der einzige Sohn aus der zweiten Ehe des Grafen Friedrich von Quadt, des ehem. bayerischen Gefandten, und der Gräfin Anna von Quadt, geb. Gräfin Reichberg.

Vom Bodensee, 25. Nov. Tod durch Unvorsichtigkeit. Beim Reinigen von Benzin- und Leertöpfen leuchtete der bei der Eisfirma Bircher in Bregenz schon lange Jahre beschäftigte Magaziniere W. Inghard mit einem Streichholz ein Faß ab, wobei eine Explosion entstand. Mit einem heftigen Knall schoß eine mächtige Stichflamme in die Luft, während der Arbeiter selbst mit großer Wucht an die Wand geschleudert wurde. Die Nachbarn fanden den Mann mit schweren Verletzungen auf, der im Spital eine Stunde später starb. Der Brand konnte alsbald gelöscht werden.

Sigmaringendorf in Hohenz., 25. Nov. 12 000 Fester Holz entwurzelt. Der Sturm vom Sonntag hat in den Gebirgswaldungen schrecklich gewütet. Nach vorläufigen Schätzungen wurden im Ziegelholz in den Abteilungen 35—38 allein etwa 12 000 Festermeter entwurzelt und abgerissen und weitere 1000 Festermeter in den übrigen Abteilungen unseres Waldes.

Lokales.

Wildbad, den 26. November 1930.

Sitzung des Gemeinderats am 25. November 1930.

Anwesend: Vorsitzender und 11 Mitglieder.

Weihnachtsmesse. Der Gewerbe- und Handelsverein veranstaltet wie alljährlich am 6., 7. und 8. Dezember eine Weihnachtsmesse; er bittet in einem Gesuch, ihm zu diesem Zweck die Turnhalle zu überlassen. Der Vorsitzende beantragt Genehmigung des Gesuchs; von Seiten des Gemeinderats erhebt sich kein Widerspruch.

Trichinenschau. Der Beschluß des Gemeinderats vom 5. August 1930 betr. ortspolizeiliche Vorschrift über Trichinenschau ist durch die Landesverordnung vom 31. Juli 1930, die die Trichinenschau für das ganze Land vorsieht, überholt worden. Die Landesverordnung hat ungefähr den gleichen Inhalt, wie die ortspolizeiliche Vorschrift. Es gilt fürs erste, die alte Verordnung aufzuheben und ev. die Trichinenschau auf sämtliche Hauschlachtungen auszudehnen. Schon bei der ersten Beratung gingen die Ansichten der Herren des Gemeinderats hierüber auseinander; es liege aber im Interesse der Stadt als Badeort, die Trichinenschau auch auf die Hauschlachtungen auszudehnen. Nach Ansicht des Stadtkommissars entstehen hierdurch keine besondere Schwierigkeiten. G. A. Kloß ist der Ansicht des Vorsitzenden, da die Stadtgemeinde dann jeglicher Gefahr entbunden sei. Der Vorsitzende verliest sodann die neue ortspolizeiliche Vorschrift, die die Trichinenschau für alle Hauschlachtungen, auch die in den Parzellen, vorsieht. Sie wurde vom Gemeinderat genehmigt und wird nun dem Oberamt zur Vollziehbarkeit vorgelegt und dann öffentlich bekannt gemacht.

Verwaltungsachen und Sonstiges. Besetzung der Stadtarztstelle. Aus der Mitte der Einwohnerschaft sind Stimmen laut geworden, für den verstorbenen Dr. Schwab einen neuen Stadtarzt zu gewinnen. Durch den Wegzug des leitenden Arztes der Versorgungskuranstalt, Dr. Frij und der Frauenärztin Frau Dr. Frij, ist die Frage spruchreif geworden. Sie scheiterte bisher am Widerstand des Vorstandes der Allg. Ortskrankenasse für den Bezirk Neuenbürg. Es scheint aber jetzt, daß die Wünsche der Einwohnerschaft Berücksichtigung finden. G. A. Pfaum meint, es wäre vielleicht abzuwarten, ob die Versorgungskuranstalt nicht einen Ersatz für Dr. Frij wieder einstellt; auch die Meinung der hiesigen Ärzte solle man einholen; an und für sich ist der Sprecher nicht gegen die Besetzung der Stadtarztstelle. G. A. Bott erklärt die Stellungnahme des Vorstandes der Ortskrankenasse, der bisher abgewartet habe. Er selbst ist für einen Stadtarzt, der auch Geburtshilfe ausüben kann, wenn dies nicht der Fall ist, sollte man neben einem approbierten Arzt noch eine Frauenärztin gewinnen. G. A. Waidelich ist der Ansicht seines Vorredners; der Vorsitzende möge alles tun, damit die Arztfrage erledigt wird; er erwähnt im Zusammenhang damit auch die Stellvertreterfrage bei Abwesenheit eines Arztes, sowie die Regelung des Sonntagsdienstes der hiesigen Ärzte. G. A. Schanz führt aus, daß die Stadt noch immer besser daran sei als die Parzellen; man möge die Bestellung einer Krankenschwester für die Parzellen bei Gelegenheit in Erwägung ziehen. Der Gemeinderat beschloß einstimmig, den Vorsitzenden zu beauftragen, mit den maßgebenden Stellen wegen einer baldigen Besetzung der Stadtarztstelle in Verbindung zu treten; die Zulassung als Krankenschwester ist jedoch Vorbedingung. — Der Vorsitzende bringt eine Eingabe der Volksschule und Realschule dem Gemeinderat zur Kenntnis. Es handelt sich um einen Beitrag für die Beschaffung eines Stützflügels der Fa. Schiedmayer und Söhne, der zur Pflege des Schulgelangs und Singunterrichts dienen soll. Der Flügel besitzt einen Wert von 2800 Mark, wird aber von der Firma für 2000 Mark den Schulen überlassen. 1500 Mark haben die Schulen durch verschiedene Veranstaltungen usw. beieinander, sodas noch ein Betrag von 500 Mark aus der Stadtkasse in Frage kommt. Der Beitrag wird vom Gemeinderat, nachdem noch G. A. Pfaum sich befürwortend dazu ausgeprochen hat, genehmigt, mit der Maßgabe, daß der Flügel von beiden Schulen benützt, ins Eigentum der Stadt übergeht und in das Inventar der Schule übernommen wird. — Vergabe der Bildzäune. Der Akkordant Bish. Eitel, der 39 Pfg. für den laufenden Meter geboten hatte (es handelt sich um einen Teil von 800 Meter), ist von seinem Angebot zurückgetreten. Nach Ansicht des Vorsitzenden hat es keinen Sinn, an dem obigen Akkord festzuhalten. Es haben sich inzwischen drei von der staatlichen Arbeitslosenunterstützung Ausgesteuerte gemeldet, die ein Angebot von 50 Pfg. für den lfd. Meter machten. Da vornehmlich Ausgesteuerte bei dieser Arbeit Beschäftigung finden sollen, besteht keine Veranlassung, von dem Angebot keinen Gebrauch zu machen; auch das Forstamt hat nichts dagegen. G. A. Bott findet scharfe Worte für das Verhalten des obigen Akkordanten bei Vergabe der Bildzäune. Auch G. A. Kloß weist darauf hin, wie durch solche Sachen andere Akkordanten geschädigt werden. Gegen die Vergabe der Bildzäune an die drei Ausgesteuerten Bish. Prof., Kob. Klaus und Rieginger erhebt sich kein Widerspruch. — Der Vorsitzende bringt ein Schreiben der Ministerialabteilung für Fachschulen zur Kenntnis des Gemeinderats. — Für besondere Aufwendungen, die Forstwart Knapp für seine bisherige Wohnung machte und die er durch Verkauf des Hauses verlassen mußte, wurden ihm 93,68 Mark aus der Stadtkasse zurückerstattet. Diese Bedingung wurde schon beim Hausverkauf ausbedungen. Der Gemeinderat erhob keinen Widerspruch. — Zum Schluß der Sitzung werden noch zwei Anfragen beantwortet. G. A. Waidelich erlucht um Beschleunigung der Innangriffnahme der Arbeiten an der Kernerstraße und Rennbachstraße, sonst würde es wieder Frühjahr, bis begonnen wird. Der Vorsitzende führte aus, es sei der Wille des Stadtvorstandes, daß baldigst begonnen wird, er werde sich nochmals bei den maßgebenden Stellen bemühen; Plan und Voranschlag für die Rennbachstraße seien beim Stadtbauamt in Arbeit. G. A. Kloß macht Ausführungen über das neue Wehr beim letzten Hochwasser, daß es nicht so funktioniert habe, wie es sollte. Der Vorsitzende stellt fest, daß das Umlegen des Wehrs richtig funktioniert habe. Bei Eindringen von Wasser in irgendwelche Räume oder Gebäude sei schwer oder garnicht festzustellen, ob das Hochwasser an und für sich oder das Wehr daran schuld sei.

Nach fünfviertelstündiger Sitzung war der öffentliche Teil erledigt, es folgt noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Immer weniger Bier. Seit der Erhöhung der Biersteuerföge um rund 50 Prozent ist der Bierverbrauch zurückgegangen: in Darmstadt um 31,1 Prozent, in Dresden um 26,8 Proz., in Köln um 24,1 Proz., in Stuttgart um 23,1 Proz., in Berlin um 21,3 Proz., in München um 20,2 Proz., in Nürnberg um 18 Proz., in Oberschlesien um 13,5 Proz., in Schleswig-Holstein um 11,1 Proz. Der geringe Rückgang in Oberschlesien und Schleswig-Holstein erklärt sich daraus, daß dort an sich schon nie viel Bier getrunken worden ist.

Aleine Nachrichten aus aller Welt

Juwelengeschäft ausgeplündert. In Walsbörn drangen nachts Diebe in ein größeres Juwelengeschäft ein und plünderten es fast vollständig aus. Außer zahlreichen Brillanten, Gold- und Silberwaren von hohem Wert wurde sogar eine wertvolle Standuhr gestohlen. Man vermutet eine auswärtige gewerksmäßige Diebesbande, die ihre Beute mit einem Auto fortgeschafft. Der Inhaber soll nur schwach verunsichert sein.

Steuervergehen von Bankdirektoren. Gegen zwei Direktoren der Deutschen Bank wurde von der Staatsanwaltschaft Berlin eine Untersuchung wegen Steuer- und Zollvergehen eingeleitet. Die Deutsche Bank und Discontogesellschaft leistet mit, daß sie angesichts der schwebenden Ermittlungen zu der Angelegenheit keine Stellung in der Öffentlichkeit nehmen könne.

Raubüberfall des Sohns auf den Vater. In dem von dem Juwelier Schulz betriebenen Goldwarengeschäft in der Frankfurter Allee in Berlin erlitten am Samstagvormittag ein junger Mann, der eine Ware verlangte, die in einem Raum hinter dem Laden aufbewahrt wurde. Als Schulz auf dem Weg dahin einen kurzen, dunkeln Gana durchschritt,



würde er von einem zweiten Mann überfallen und am Hals gewürgt. Der Juwelier konnte sich seines Angreifers erwehren und ihn in den hellen Laden schleppen, wo er zu seinem Entsetzen feststellte, daß es der eigene Sohn war, der den Überfall ausgeführt hatte.

Verwegene Raubüberfälle in Rumänien. In den letzten Tagen fanden in Rumänien wieder einige verwegene Raubüberfälle statt. Bei Falticoni wurden neun Automobile und ein Wagen von Räubern abgefangen und die Insassen ausgeraubt, darunter mehrere amtliche Persönlichkeiten. Bei Targoviste plünderten Straßenräuber eine lange Wagenkolonne aus. Die Beute, die den Räubern in die Hände fiel, ist beträchtlich. Ein Auto, in dem sich der Belgrader Gesandte Filodor und einige bekannte Politiker befanden, entging nur knapp einem ähnlichen Schicksal.

Das britische Schiff „Good Luck“, mit einer Besatzung von zehn Mann und einer Ladung von 400 Kisten Spirituosen, wurde von einem amerikanischen Zerstörer in Providence (Rhode Island) eingebracht. Die Besatzung wurde gefangen gehalten.

Der Halsbandprozess. Erzherzog Leopold, der beschuldigt war, ein seiner Großmutter, der Erzherzogin Maria Theresia, gehörendes Halsband, das ein Geschenk Napoleons an Marie Louise gewesen sein soll, ohne Ermächtigung der Kaiserin zu einem Spottpreis an einen Händler verkauft zu haben, wurde vom Gericht in Neuyork von dieser Anklage freigesprochen. Ein weiteres Verfahren gegen den Erzherzog im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit ist noch im Gange.

Hendefolge der Stuttgarter Rundfunk AG.

Donnerstag, 27. November:
8.15: Wetterbericht, Morgengymnastik, 10.00: Schallplattenkonzert, 11.00: Nachrichtendienst, 12.00: Wetterbericht, 12.15: Schallplattenkonzert, 13.00: Schallplattenkonzert, 13.30: Wetterbericht, 13.45: Nachrichtendienst, Schallplattenkonzert, 15.00: Stunde der Jugend, 16.00: Konzert, 17.45: Zeitungsbesprechung, Landwirtschafternachrichten, 18.00: Vortrag: Schwäbische Sitten und Bräute am Martinsfest und am Nikolausfest, 18.30: Vortrag: Die geographischen Grundlagen des Saarpfalzes, 19.00: Zeitungsbesprechung, 19.30: Fremdsprachliche Sprechstunde, 20.00: Unterhaltungskonzert, 20.30: Freizeitschau, 21.00: Schwäbische Kompositionen, 22.30: Nachrichtendienst, 22.45: Unterhaltungskonzert.

Handel und Verkehr

Der Krach in Frankreich

In Frankreich bereitet sich ein großer Krach vor, der in dem Zusammenbruch der Spekulationsbanken Ouzier u. Ehrlich sowie der Adambank seinen Anfang genommen hat. Inzwischen ist etwa ein Dutzend Banken verkracht, und neuerdings werden die Brüder einer weiteren Bank in Bordeaux und von vier sogenannten Kustienbanken gemeldet. Der Krach in Bordeaux, dessen Unternehmen eine Ueberführung von 15 Mill. Franken (rund 2 1/2 Mill. RM.) aufweist, ist mittlerweile verhaftet worden. Weiter wird gemeldet, daß die Bankgruppe Drouillard in große Schwierigkeiten geraten ist. Diese Gruppe spezialisierte namentlich in Erdöl und gründete mehrere Erdölbanken. Der Konzern hat aber weit über den wirklichen Wert der Erdölbanks Aktien ausgegeben, deren Kurs nunmehr blühartig gesunken ist, aber bei dem niedrigen Kurs noch einen Kapitalwert von etwa 66 Mill. RM. darstellt. Um den Kurs noch einigermaßen zu stützen, mußte der Konzern einen großen Posten der Aktien zurückkaufen, doch geht dies nicht mehr weiter. Auch zwei Tochterbanken des Konzerns Deviller und zwei dazu gehörige „Kustienbanken“ stehen vor dem gleichen Schicksal mit einem Aktienbestand von 33 Mill. RM. nach ihrem gegenwärtigen stark entwerteten Kurs. Soviel ist sicher, daß auch bei diesem Konzern das Publikum, das sich zum Kauf der Aktien verleiten ließ, viele Millionen Mark verlieren wird.

Nunmehr ist aber auch ein Hauptpekulationspapier der Pariser Börse, die Citroen-Aktie, außerordentlich stark im Kurs gefallen, ohne daß bis jetzt die Ursachen schon ganz durchsichtig sind. In dem von André Citroen gegründeten Unternehmen ist die Bank Gebr. Lazard u. Co. stark beteiligt. Es heißt, Citroen wolle Verbindung mit einer andern Bank suchen.

Die Stimmung in Paris und im ganzen Land ist sehr erregt, obgleich die Regierung die größten Anstrengungen macht, das Publikum zu beruhigen. So hat sie eine große Menge Aktien der polnischen Erdölgesellschaft Petrofina aufgekauft, um deren Kurssturz aufzuhalten. Dieses Eingreifen kann aber die Katastrophe nicht abwenden, sondern nur etwas verzögern. Dazu kommt, daß die Wirtschaftslage in Frankreich sich zusehends verschlechtert, während die Preise steigen. In der Presse werden bereits Befürchtungen laut, daß die Seuche der Arbeitslosigkeit auch Frankreich erfassen werde, da die Handelsbilanz sich mehr und mehr verschlechtert. Sind doch in den ersten zehn Monaten des Jahres 1930 bereits um 1400 Mill. Franken (rund 231 Mill. Mark) mehr Waren vom Ausland in Frankreich eingeführt worden als im ganzen Vorjahr.

Wenn Frankreichs ruhmloser Krieg und Nachkrieg sich nunmehr auch an ihm zu rächen beginnt, trotz der gehamsterten Goldmilliarden und der deutschen Ueberbrücke, so ist das nur eine Benützung für das fühlbare Rechtsgefühl der Welt.

Reichsbankausweis vom 22. November

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 22. November hat sich in der dritten Novemberwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank in Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 90,8 auf 1774,9 Mill. RM. ermäßigt. Der Umlauf an Reichsbanknoten hat sich um 176,5 auf 3954,3 Mill. RM., derjenige an Rentenscheinen um 12,0 auf 390,9 Mill. RM. verringert. Die fremden Gelder zeigen mit 402,3 Mill. RM. eine Zunahme um 120,6 Mill. RM. Die Goldbestände haben um 80 000 RM. auf 2179,9 Mill. RM. und die Bestände an den teilungsfähigen Devisen um 23,9 auf 509,8 Mill. RM. zugenommen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 52,8 v. H. in der Vorwoche auf 55,1 v. H., diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 64,5 v. H. auf 68,0 v. H.

Berliner Dollarkurs, 25. Nov. 4,1896 G.; 4,1975 v. H.

Di. Wbl.-Zins, 5,3.

Di. Wbl.-Zins ohne Ausl., 5,37.

Berliner Geldmarkt, 25. Nov. Tagesgeld 3,50—5,50 v. H.

Privatdiskont, 4,875 v. H. kurz und lang

Die Aktienmehrzahl (1924:26 gleich 100) stellt sich für die Woche vom 17. bis 22. November 1930 auf 91,8 gegen 93,5 in der Vorwoche, und zwar in der Gruppe Bergbau und Schwerindustrie auf 86,9 (89,3), Gruppe verarbeitende Industrie 81,0 (82,4) und Gruppe Handel und Verkehr auf 115,0 (116,5).

Die Arbeitslosigkeit in Sachjen. Ende Oktober 1930 kamen in Sachjen 571 Arbeitslose auf 10 000 Einwohner, gegen 532 im Reich. In Koblenz wurden im Oktober 1929 in Sachjen noch 52 865 Tonnen erzeugt, Oktober 1930 nur noch 21 947 Tonnen. Die Wertschöpfungsleistung ist von 43 109 auf 18 871, der Güterverlauf von 2 286 200 auf 1 833 200 Tonnen zurückgegangen. In Waldheim (Sachsen) ist der Postverkehr so stark zurückgegangen, daß die Verwaltung in die bisherigen Diensträume eine Wohnung für den Amtsvorstand einbauen und andere Räume vermieten konnte.

Steigende Erdölgewinnung in Hannover. Die Gewinnung von Erdöl in Preußen betrug im Oktober 1930 nach den vorläufigen Ergebnissen 20 202 Tonnen gegen 16 273 Tonnen im September und 8650 Tonnen im Monatsdurchschnitt 1929. Aus dem Gebiet von Hängeln-Oberschagen-Nienhagen entfallen 11 158 T., auf Wilschtein 6673 T. und auf den Bezirk Edesse-Dehlem-Ober 2571 T. Die Zahl der Arbeiter betrug Ende des Monats 1876 gegen 1910 am Ende des Vormonats.

Schiedspruch in der westdeutschen Kanalschiffahrt. In der Gehalts- und Lohnstreit in der westdeutschen Kanalschiffahrt wurde am 24. November ein Schiedsgericht gebildet, der eine Senkung der Gehälter und Löhne um 8 Prozent mit Wirkung ab 22. November 1930 vorliegt.

Stuttgarter Börse, 25. Nov. Die heutige Börse eröffnete in behaupteter Stimmung. Im Verlauf zogen die Kurse etwas an. Die Börse schloß etwas fester.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Stuttgart.

Berliner Getreidepreise, 25. Nov. Weizen märk. 25—25,10, Roggen 14,70—14,90, Braugerste 19,20—21,40, Futter- und Industrieerste 17,30—18, Hafer 13,80—14,70, Weizenmehl 29—37,25, Roggenmehl 23,50—26,75, Weizenkleie 8,50—9, Roggenkleie 8,25 bis 8,75.

Märkte

* **Stuttgarter Schlachtviehmarkt** vom 25. Nov. Vom heutigen Markt im Stuttgarter Bleh- und Schlachtviehmarkt waren angetrieben: Ochsen 22, Bullen 28, ungenügend 287, Jungkälber 283, Kühe 311, Kälber 1266, Schweine 1727, das 2. Hegen 2. Davon blieben unverkauft: 47 Jungkälber, 43 Jungkälber, 8 Kälber, 27 Schweine. Verlauf des Marktes: Großvieh ruhig, Ueberhand, über schleppend, Ueberhand, Schweine mäßig beliebt.

	25. 11.	20. 11.	Kühe:	25. 11.	20. 11.
Ochsen:			festlich	23-28	—
ausgemästet	50-54	—	gering genährt	17-21	—
vollfleischig	45-48	—	Kälber:		
festlich	—	—	feinste Mast- und beste Saughäler	64-68	68-72
Bullen:			mittl. Mast- und gute Saughäler	50-62	60-66
ausgemästet	45-47	46-48	geringe Kälber	48-54	50-57
vollfleischig	42-44	42-44	Schweine:		
festlich	—	—	über 800 Pf.	64-65	62-68
Jungkälber:			240-300 Pf.	65-66	62-64
ausgemästet	63-55	54-56	200-240 Pf.	61-65	62-68
vollfleischig	47-51	45-52	180-200 Pf.	63-64	60-61
festlich	43-45	—	120-160 Pf.	61-63	58-60
gering genährt	—	—	unter 120 Pf.	61-63	58-60
Kühe:			Sauen	48-53	46-51
ausgemästet	38-44	—			
vollfleischig	30-36	—			

Ulmer Schlachtviehmarkt, Zutrieb: 4 Ochsen, 11 Färren, 22 Kühe, 18 Rinder, 152 Kälber, 250 Schweine. Preise: Ochsen 1. 48-50, Färren 1. 44-46, 2. 40-42, Kühe 2. 26-30, 3. 16-24, Rinder 1. 50-52, 2. 44-48, Kälber 1. 60-64, 2. 56-58, 2. 52-54 Mt. Marktverlauf: langsam, Kälber und Schweine schleppend.

Pforzheimer Schlachtviehmarkt, 25. Nov. Zutrieb: 2 Ochsen, 18 Kühe, 43 Rinder, 23 Färren, 19 Kälber, 362 Schweine. Preise: Ochsen 1. 51-54, Färren 1. 44-46, 2. 40-42, Kühe 1. 43, b und c 39-42, Rinder 1. 54-57, b 49-52, Kälber b 71-74, c 63-69, Schweine b, c und d 64-66 Mt. Marktverlauf: ruhig.

Viehpreise, Eningen: Kühe 500-700, Kalben 400-650, Rinder 240-350. — **Weilheim:** Färren 250-450, Ochsen 500-740, Stiere 220-480, Rinder 200-510, Kühe 250-650, Kalben 520 bis 600 Mt.

Schweinepreise, Aalen: Milchschweine 18-29. — **Ehingen O.M. Böblingen:** Milchschweine 23-37, Läufer 45-55. — **Hall:** Milchschweine 20-32, Läufer 35-40. — **Riedlingen:** Milchschweine 18-30, Läufer 37, Mutterschweine 160-175. — **Schwanningen:** Milchschweine 22. — **Weilheim:** Milchschweine 18-30 Mt.

Fruchtpreise, Aalen: Weizen 13,50, Roggen 8,70, Gerste 9,40 bis 9,60, Hafer 7,50-8. — **Heidenheim:** Kernen 14-14,60, Weizen 12,30-12,70, Gerste 8,50, Hafer 6,50-7. — **Leutkirch:** Gerste 10-10,30, Hafer 9. — **Riedlingen:** Braugerste 9,60-10,10, Hafer 7,50-8 Mt.

Güterverkehrsline. Eine neue Güterverkehrsline wurde mit Zustimmung der beteiligten Gemeinden und Behörden vor einigen Tagen für die Strecke Bernhausen-Münchingen-Leinfelden-Ehningen-Stuttgart eröffnet. Sie befördert hauptsächlich Kleinvieh und Fleisch.

Wetter

Bei anhaltenden Westwinden ist für Donnerstag und Freitag mehrfach bedecktes und zu weiteren Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.



Musik-Berein Wildbad.
Donnerstag abend
6 Uhr
Verwaltungsrats-Sitzung
im Vereinszimmer.
8 Uhr
Musikprobe.

Um vollständiges Erscheinen wird wegen wichtiger Beratsung dringend gebeten.
Der Vorstand.

Schreibmaschinen
nebst Zubehörfen Sie billigst bei
GESCHW. FLUM
Buch- und Papierhandlung.

Zu Geschenkwzwecken
geeignet:
Strubenhardt

Aus des Einzels verklungenen Tagen
von L. Schwarz, Höfen.
Vorrätig im Selbstverlag des Verfassers und in den Buchhandlungen
Geschw. Flum
Trittlar (Inh. Ernst Löblich).

Wer nichts auf seine Haartracht hält,
Lebt abseits der modernen Welt!

Tragen Sie



Fußarztschuhe
mit den unsichtbar eingebauten Gelenkstützen
Millionenfach bewährt

18.50 21.00 24.00

Alleinverkauf:

Schuhhaus Lutz
neben der „Sonne“

Graue Haare

erhalten Naturfarbe und Jugendfrische ohne zu färben.
Seit 20 Jahren glänzend bewährt.
Herr Direktor E. C., Hamburg, schreibt: „Der Erfolg war über alles erwarten gut. Mein Haar hat völlig seine frühere Farbe wieder erhalten, nachdem es bereits stark ergraut war.“
Näheres kostenlos. **Santas, Zirndorf/Bay., Fürtherstr. 30**

Die beste Reklame ist und bleibt das Zeitungs-Inserat

2 neue Schwabenbücher
gefüllt mit Frohsinn u. Humor
sind soeben erschienen:

Eugen Geiger

Ha no! Schwäbische Gedichte, Preis RM. 1.50

In der Leute Mund

Balladen, Sagen, Fabeln, Legenden u. Sprüche
Preis gebunden RM. 3.50

Beldes köstliche Gaben für alle Heimatfreunde,
unsere Jugend, für das Weihnachtsfest

Zu beziehen bei Voreinsendung des Betrages
portofrei durch

María Neubert, Versandbuchhandlung
Stuttgart, Silberburgstraße 80B

SCHIEDMAYER

PIANOFORTEFABRIK STUTTGART

zu den Verkaufsräumen mit den 5 Schaufenstern nur im

Eckhaus 12 Neckarstr.

Tausch / Stimmung / Teilaahlung

Miele / Gebrauchte Instrumente
Telephone 26841/42
FLÜGEL — PIANOS — HARMONIUM
Weltberühmte Tonschönheit und Dauerhaftigkeit

Frische
Fische

treffen heute ein

frischer
Rabeljan 33 / Pf.

Rabeljan-Filet / Pf.

Frische Bückinge
Lachsgeringe

ferner empfehlen:
Neue Linsen / Pfund von **25** an

Frankfurter
Delikatess-Würstchen / 3 Paar **55**

Brot-Abschlag:
Bauernbrot in hygien. Verpack. 2 Pfund-Laib **44**

Roggenbrot / 3 Pfund-Laib **56**

Auf alles 5% Rabatt

Pfannkuch

